Antrag für eine Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes und der Erhöhung der Anzahl an Belegrechtswohnungen

Es möge der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen an den SPD Regionsfraktion, an den Regionspräsidenten und die KSG Hannover GmbH weiterleiten:

„Die SPD setzt sich für eine deutliche Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes ein, für eine Einbindung der KSG Hannover GmbH und für eine deutliche Anhebung der Anzahl an Belegrechtswohnungen."

Begründung:

Verfügbarer und bezahlbarer Wohnraum ist maßgeblich für den sozialen Frieden vor Ort. Mittlerweile wird er nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern auch in den regionsangehörigen Kommunen immer seltener, Mitmenschen mit einer überschaubaren Kreditwürdigkeit stoßen auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum auf eine immer enger werdende Wohnungsmarktsituation.

Um den Wohnungsmarkt von der Angebotsseite zu entlasten, sollte die Region Hannover bzw. die KSG den kommunalen Wohnungsbestand deutlich erhöhen und damit bezahlbaren Wohnraum verfügbar machen.

Auch die Anzahl der Belegrechtswohnungen innerhalb der Region Hannover möge Hand in Hand mit den Kommunen weiter deutlich erhöht werden, um wohnungssuchenden Mitmenschen wieder Perspektiven eröffnen zu können.